

Antrag F-2
SPD-Unterbezirk Hildesheim**Empfehlung der Antragskommission**
Erledigt**Mindestlohn mit gleicher Besteuerung für alle europäischen Länder**

1 Mindestlöhne, die sich unterhalb der Armutgefähr-
2 dungsschwelle bewegen, darf es zukünftig in allen
3 europäischen Mitgliedsstaaten nicht mehr geben,
4 da die Entlohnung guter Arbeit zumindest existenz-
5 sichernd sein muss. Dazu muss es eine einheitli-
6 che Besteuerung geben, um die Wettbewerbsver-
7 zerrung zu beenden.

8 Viele unserer Kolleginnen und Kollegen in Mitglieds-
9 staaten der EU können durch ihren Verdienst nicht
10 mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten und sind ge-
11 zwungen sich eine lukrativere Beschäftigung im eu-
12 ropäischen Ausland zu suchen. Oft werden Famili-
13 en hierdurch für längere Zeiträume getrennt oder
14 Struktur schwächere Länder verlieren dauerhaft ihre
15 Fachkräfte. Nach der Einführung des Freizügigkeits-
16 gesetzes im Jahre 2005 ist eine regelrechte Völker-
17 wanderung und Wettbewerbsverzerrung entfacht
18 worden.

19 Osteuropäische Leiharbeitsfirmen vermitteln Ar-
20 beitskräfte Europa weit für geringe Löhne. Eine
21 günstigere Versteuerung in ihren Herkunftsländern
22 drückt dazu weiterhin deren Löhne. Für viele eu-
23 ropäische Firmen scheint dieser „Menschenhandel“
24 lukrativ zu sein, da bereits oft das Stammpersonal
25 schleichend ausgetauscht wurde.

26 Um eine weitere Unterwanderung der Mindest- und
27 Tariflöhne zu verhindern und um Chancengleichheit
28 und Gerechtigkeit auf dem europäischen Arbeits-
29 markt herzustellen, fordern wir eine Einführung ei-
30 nes europäischen Mindestlohns.

Im Wahlprogramm zur Europawahl am 26. Mai 2019 ist dieser Punkt enthalten, siehe Seite 10 im Kapitel Europas soziales Versprechen einlösen – Vorrang für soziale Grundrechte:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf